

### **Gedanken zur Wiedervereinigung**

Fall der Mauer, Wiedervereinigung, Wende: das erfreuliche Ereignis hat je nach Perspektive verschiedene Namen. Im Ergebnis sind wir, egal ob „Ossis“ oder „Wessis“ glücklich, dass es so gekommen ist. Es war die politische Lösung eines 45 Jahre währenden deutschen Schicksals im allerletzten Augenblick dank der Klugheit und nationalen Gesinnung der Herren Gorbatschow, Kohl, Brandt und Genscher. Ein paar Jahre später wäre es **zu** spät gewesen. Die DDR wäre pleite und Ihre Städte und Infrastruktur zerfallend und die BRD durch ihre zunehmende Lösung von der deutschen Identität nicht mehr vereinigungswillig gewesen.

In der DDR versicherte Honecker noch kurz vor der „Wende“, dass die Mauer noch in 40 Jahren stünde, und in der BRD kämpfte die SPD noch kurz vor der „Wiedervereinigung“ um die doppelte Staatsbürgerschaft statt sich für die Einheit Deutschlands in Form der gemeinsamen Staatsbürgerschaft in beiden Teilen Deutschlands einzusetzen. Auf beiden Seiten der Mauer hatten die politischen „Eliten“ ihr Nationalgefühl verloren. Die gegensätzlichen Ideologien waren in Deutschland wirkungsmächtiger geworden als der Wille zur Einheit der Nation; wie vor und im 30jährigen Krieg die religiösen Ideologien. Es sei dabei an die Kernaussagen der Mehrheit der westdeutschen Politiker in den zwei Jahren vor der Wiedervereinigung erinnert: ( Ich habe sie mir damals aufgeschrieben. )

-Wir wollen keinen Nationalstaat.

-Die Wiedervereinigung wird Europa destabilisieren.

- Das außenpolitische Ziel Westdeutschlands ist die politische Einheit Europas.

-Die Bundesrepublik geht keinen Sonderweg.

-Wir werden uns nicht wie vor dem Zweiten Weltkrieg zwischen die Stühle setzen.

-Der Ostblock und die Verbündeten werden keine Wiedervereinigung zulassen.

Und viele, die sich für Intellektuelle hielten, gaben ihren Senf dazu, z. B.

Günther Grass: „Die Wiedervereinigung ist ein sinnentleerter Begriff, den wir, wollen wir glaubwürdig werden, streichen müssen.“ Auch mancher, der das gesamtdeutsche Schiff zum Schluss dann doch noch vor dem Untergang gerettet hat, hatte der Wiedervereinigung lange Zeit widersprochen, so Willy Brandt, der sie noch 1988 zur „Lebenslüge“ erklärte und Egon Bahr, der sie im selben Jahr als „Quatsch“ abtat.

Jetzt, 30 Jahre später, sollten wir uns ohne Einschränkungen über die damalige Wiedervereinigung freuen. Wir sollten aber nicht vergessen, dass wir sie neben Herrn Gorbatschow vor allem dem Freiheitswillen und dem ungebrochenen deutsch-sein-Wollen der „Ossis“ verdanken und nicht westdeutschen Impulsen.

Statt die Trägheit des damaligen westdeutschen Establishments, zur Wiedervereinigung beizutragen, aus dem Gedächtnis zu verdrängen, sollten wir besser Lehren daraus ziehen.

Wir stehen heute wieder in einem Richtungsstreit um den Wert und die Zukunft der eigenen Nation. Unser Volk bekennt sich je nach geistigem und geographischem Standort von positiv über indifferent bis ablehnend zu sich selbst. Die Argumente von heute sind denen von 1990 ähnlich. Sie sind heute wieder betont atlantisch oder europazentriert bis antideutsch, wie es die Anhänger von „schwarz“ über „rot“ bis „grün“ betonen, oder sie sind im Gegensatz dazu wieder auf Selbstbestimmung und Selbsterhalt gerichtet. Die Mehrheit der Deutschen ist, wenn man es nach den Wahlergebnissen beurteilt, im Westen atlantisch-europäisch orientiert bis hin zu antideutschen Auswüchsen („Scheiß-Deutschland“) bei den Grünen. Eine wachsende Menge bei den Ostdeutschen dagegen bekennt sich dazu, wie schon 1990, vor allem deutsch zu sein. Sie will das Selbstbestimmungsrecht im eigenen Lande gegen den „demographischen Wandel“ in Form einer deutlich wachsenden Mischbevölkerung verhindern. Sie wählt die Alternative zu denen, die man in der DDR die Blockparteien nannte. Sie wählt AfD.

Die Begleiterscheinungen sind denen in der alternden DDR vor 30 Jahren ähnlich. Die neuen Blockparteien von CSU bis zu den Linken haben wieder einen Klassenfeind. Diesmal ist er nicht kapitalistisch sondern nationalistisch. Dabei wird „patriotisch“ und „nationalistisch“ zum Synonym gemixt und heißt im Politik- und Mediendeutsch „völkisch-nationalistisch“ oder nur noch verkürzt „radikal“ und „Nazi“. Es muss schon auffallen, dass die Politiker der neuen Blockparteien die Worte „Deutschland“ und „Deutsche“ in ihren Reden und in den Medien vermeiden, als wären sie Tabuworte wie „Zigeuner“ oder „Neger“. Statt Deutschland heißt es „dieses Land“. Und aus den Deutschen sind die „Menschen in unserem Land“ geworden. Auch in der DDR war das Bekenntnis zur Einheit der Nation und zum deutsch-Sein seit Honeckers Machtantritt zugunsten des sozialistischen Internationalismus nicht mehr erwünscht. Viele Bürger in den neuen Bundesländern haben deshalb nicht vergessen, dass sie sich vor 30 Jahren erst unter sehr hohem, persönlichem Risiko mit dem Ruf „Wir sind ein Volk“ ihre deutsche Identität und ihr nationales Selbstbestimmungsrecht erstreiten mussten. Sie wollen nicht in die Fremdbestimmung eines sich abzeichnenden europäischen Zentralstaats geraten. Sie wollen nicht zurück in einen diffusen Internationalismus unter den Etiketten „bunt“ und „Vielfalt“ und mit der Aussicht, ab 2050 zur nationalen Minderheit auf eigenem Territorium zu werden. Sie sehen, wie stark die Tendenzen in den neuen Blockparteien sind, auf Assimilation und deutsche Leitkultur für unsere Zuwanderer zu verzichten. Sie sehen, wie die große Mehrheit der deutschen

Medien als Schallverstärker der neuen Blockparteien diese Tendenzen fördern und die negativen Folgen der genannten Entwicklungen kleinreden oder gar verschweigen. Und sie beobachten mit Argwohn, wie unsere Regierungen in Bund und Ländern immer wieder großsprecherisch und dennoch ohnmächtig diesen Tendenzen und negativen Sachverhalten gegenüberstehen. Die „Wessis“ haben diese Erfahrungen selbst nicht mehr erlebt. Sie liegen schon ihr ganzes Leben lang in sicheren und warmen Betten, dass sie glauben, getrost weiterschlafen zu dürfen. Dabei hätten sie auch schon längst an Libyen, Syrien und dem Libanon beobachten können, wie „friedlich“ Mischbevölkerungen bisweilen miteinander leben.

Andere Sorgen, wie die um Arbeitsplätze, drohende Altersarmut, Mieten- und Energiepreise, Weltfrieden und Weltklima, sind vermutlich in Ost und West gleich stark oder schwach vertreten. Sie tragen offensichtlich nicht zu einer Spaltung der Deutschen in beiden Hälften Deutschlands bei. Selbst der Unmut der „Ossis“ über ungleiche Löhne in Ost und West und die unausgewogene Repräsentanz der Mitteldeutschen in Großkonzernen und Spitzenämtern regt vermutlich nicht so weit auf, dass er zu einem signifikant anderen Wählerverhalten in Ost und West führt.

Was 30 Jahre nach der Wiedervereinigung die Deutschen in Ost und West zunehmend spaltet, ist der Umgang der „Mächtigen“ mit dem eigenen Volk, seiner Identität, seiner Selbstbestimmung und seiner indigenen Substanz. Wenn ein knappes Viertel der Mitteldeutschen mit steigender Tendenz 30 Jahre nach der Wiedervereinigung alternativ wählt, muss das zu denken geben. Bisher hat die deutsche „Politik“ falsch darauf reagiert. Der Herr Bundespräsident, die Vertreter der Kirchen, Gewerkschaften, Medien und Parteien rufen zu Toleranz, Offenheit, Gesprächen, Transparenz, gegenseitigem Respekt und was nicht alles auf und tun permanent das Gegenteil. Sie beschimpfen AfD-Wähler und Mitglieder. Sie schließen sie von der politischen Mitarbeit, wo das nur geht, aus. Es kommt flächendeckend zu Hetzkommentaren durch Medien und Kirchenvertreter, zu Mobbing, zu Boykottaufrufen, Kontoschließungen, Kündigungen, Laufbahnnachteilen im Öffentlichen Dienst und zur Zensur im Internet durch die linksradikale NGO „Antifa“ und das mit stiller Billigung von Regierungs- und Justizbehörden. Und wenn die Medien das mit ihren Fakten-Checks „widerlegen“, ist das wie der sprichwörtliche Ruf des Diebs „Haltet den Dieb“. Toleranz und Gespräche sehen anders aus.

30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es wieder die „nationale Frage“, die unser Volk in Ost und West spaltet. Das Bekämpfen, Diffamieren und Ausschließen der patriotisch-nationalen Bürger ist da keine Lösung. Und das Bilden von „Resteverwertungscoalitionen“ der Wahlverlierer, wie sie jetzt als Abwehr der AfD auf Landesebene üblich geworden sind, ist auch keine Lösung

für die Zukunft. Wer das deutsche Volk in Ost und West zusammenführen will, muss sich erneut der „deutschen Frage“ stellen. Wollen wir ein Mischvolk unter einer EU-Zentralregierung werden oder wollen wir ein deutsches Volk mit dauerhaft indigener deutscher Mehrheit als souveräner Staat in einem EU-Staatenbund bleiben?

Kohäsion oder Diffusion ist hier die Frage.

Ende